

## Vermerk des niederländischen Botschafters in Paris (1951)

**Legende:** Im Jahr 1951 verfasst der Presseattaché der niederländischen Botschaft in Paris einen Vermerk über die Reaktion der französischen Öffentlichkeit und Presse in Bezug auf die Herausforderungen des Schuman-Plans.

**Quelle:** Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. NVV - J.G. van Wouwe 1945-1973. Stukken betreffende Europese en internationale organisaties. Stukken betr. het Schuman Plan. 1950-1954. Diverse commissie. 1950-1952, 106.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/vermerk\\_des\\_niederlandischen\\_botschafters\\_in\\_paris\\_1951-de-c295d7dd-3f3c-41e1-a4ad-271359862445.html](http://www.cvce.eu/obj/vermerk_des_niederlandischen_botschafters_in_paris_1951-de-c295d7dd-3f3c-41e1-a4ad-271359862445.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Öffentliche Meinung zum Schuman-Plan – Frankreich (1951)

### Bericht des Pressesprechers der niederländischen Botschaft in Paris

Einen Monat nach der Bekanntmachung des Schuman-Plans sprachen sich die Gewerkschaften mit Ausnahme des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes CGT dafür aus.

Von den politischen Parteien bezogen hingegen nur wenige Stellung.

Auch der französische Arbeitgeberverband CNPF und der Landwirtschaftsverband CGA brachten ihre Zustimmung zum Ausdruck. Der Verein der Getreideproduzenten schlug eine Erweiterung auf den Agrarsektor vor.

Die christdemokratische MRP (*Mouvement républicain populaire*) und die französische Sektion der Arbeiter-Internationalen (SFIO) stimmten auf ihren politischen Kongressen für den Plan. Die rechte *Alliance démocratique* und die Kommunisten lehnten ihn ab. Die Aussagen der gaullistischen RPF (*Rassemblement du Peuple Français*) waren doppeldeutig. So bezeichnete Gaston Palewski den Plan als „eine leicht ausgespielte Trumpfkarte“, während General de Gaulle ihn als „Wirrwar aus Kohle und Stahl“ abtat, ohne dass man wisse, wohin die Reise gehe. Diese Haltung der RPF geht ganz offensichtlich darauf zurück, dass sie der Politik der Regierung der Vierten Republik gegenüber einem wieder erstarkenden Deutschland misstraut.

Die folgenden politischen Persönlichkeiten erklärten sich für den Plan, manche mit Vorbehalten: Paul Reynaud, Édouard Bonnefous, André Philip sowie die führenden Vertreter der Sozialisten und der MRP.

Abgelehnt wurde der Plan u.a. von den rechten Abgeordneten Louis Marin und Pierre-Étienne Flandin. Die dabei vertretenen Meinungen waren in den meisten Fällen durch außenpolitische Überlegungen motiviert (bei den Befürwortern die europäische Idee und die Billigung durch Amerika, bei den Gegnern die Unterstützung der russischen Politik oder antideutsche Ressentiments). Dem Widerstand der Stahlindustrie lagen eher technisch-wirtschaftliche Erwägungen zugrunde.

Das Prinzip der supranationalen Behörde wird nicht in Frage gestellt. Außer von den Kommunisten wurden die nationale Souveränität und Unabhängigkeit nicht als Argument angeführt. Einige kritisierten die Beschränkung auf Stahl und Eisen und befürworteten eine politische europäische Behörde.

Unter den Kritikern sprachen die Kommunisten von einem getarnten Kartell und manche Verbände der Großindustrie von einer internationalen Nationalisierung. Die Zurückhaltung der Sozialisten ergab sich aus der von ihnen geforderten Vertretung der Gewerkschaften in der Hohe Behörde, was sie als Voraussetzung für den Beitritt Großbritanniens ansehen.

In *Le Monde* vom 20. Mai hieß es, dass der Kohle- und Stahlpool unabhängig von irgendeinem nationalen Gremium sein müsse.

Die Sozialisten forderten, dass die Hohe Behörde sich gegenüber einer internationalen politischen Instanz verantworten müsse.

Die Kommunisten warnten in ihrer Kritik vor der Schließung von Fabriken in Frankreich und einer Verringerung des Lebensstandards der französischen Bergleute und Metallarbeiter.

Manche Kommentatoren meinten, dass der Schuman-Plan das Ende des Monnet-Plans bedeuten würde, andere waren der Ansicht, dass dieser dem Monnet-Plan gerade neuen Auftrieb geben könnte.

Laut *Combat* wurde der Schuman-Plan durch das Scheitern des Monnet-Plans hervorgerufen.

Die Befürworter tragen – außer den politischen – folgende Argumente vor: Vereinheitlichung der

Wettbewerbsbedingungen, Beschleunigung der Produktionssteigerung, Erhöhung des Lebensstandards und Ausbau der Expansionsmöglichkeiten für die Industrie.

Raymond Aron betrachtet den Schuman-Plan als notwendige Voraussetzung für die Liberalisierung des innereuropäischen Handels.

Zeitungen wie *L'Aurore*, *Populaire*, *La Croix*, *L'Aube* und *Le Monde* (Duverger) zufolge bietet der Plan die Möglichkeit zur Schaffung eines europäischen Marktes und eventuell eines europäischen föderativen Gebildes infolge der Errichtung eines internationalen öffentlichen Dienstes.

Viele Kommentatoren erklärten bereits unmittelbar nach dem psychologischen Schock, den die Verlautbarung des Schuman-Plans auslöste, dass dieser ein ausgezeichnetes Mittel zur Überwindung des politischen Rückstandes und der wirtschaftlichen Resignation in Europa sei.

Diejenigen, die sich mit den internationalen Aspekten des Plans befassten, beschränkten sich nahezu ausschließlich auf gewisse Aspekte der französisch-deutschen Verhältnisse und stellten keine Überlegungen über die Rolle Frankreichs im Kalten Krieg an.

Während die Kommunisten darauf hinwiesen, dass bei einer Umsetzung des Vorschlags vor allem die Gefahr drohe, dass die Ruhr zum Arsenal der Kriegsvorbereitung gegen Russland werde und Frankreich dadurch noch mehr von den USA und den deutschen Kapitalisten beherrscht würde, bezogen die Befürworter das Problem der Aufrüstung Westeuropas nicht in ihre Überlegungen ein oder sahen den Vorschlag allenfalls als Mittel, sich einer eventuellen Wiederbewaffnung Deutschlands zu widersetzen (Jules Moch).

Viele Befürworter des Plans meinten, dass dieser eine Möglichkeit sei, gute Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich herzustellen, da er einen Krieg zwischen den beiden Ländern materiell unmöglich mache und zur Integration Westdeutschlands in Europa führen werde. Es ist jedoch deutlich, dass diese Überlegungen eher von dem Wunsch nach einem vereinten Europa als nach einer Entente zwischen Frankreich und Deutschland genährt wurden. In diesem Zusammenhang sei noch angemerkt, dass die französischen Sozialisten sich gegen ein deutsch/französisches Tête-à-tête ausgesprochen haben, weil sie befürchteten, dass dies eine Entfremdung von Großbritannien zur Folge hätte.

In die Betrachtungen der französischen Kommentatoren floss das Problem Deutschland, wie es sich in der Nachkriegssituation und vor dem Hintergrund der Spaltung zwischen den USA und der Sowjetunion zurechtfinden muss, niemals ein.

Manche Zeitungen, insbesondere der linksgerichtete *Franc-Tireur* und *L'Observateur*, bemerkten in den Monaten Mai und Juni 1950, dass der Schuman-Plan die Chance darstelle, eine gewisse Autonomie gegenüber den USA zu erlangen.

Schließlich kann festgehalten werden, dass die Folgen des Schuman-Plans für die Entwicklung Afrikas nahezu nicht in die Erwägungen eingebunden wurden.

\*\*\*

Im Folgenden geben wir einige Kommentare wieder, die seit Mitte Dezember 1950 in der französischen Presse erschienen sind.

In der Zeitung *Populaire* vom 15. Dezember 1950 schreibt Robert Lacoste, dass er den Eindruck habe, die Ruhrindustriellen wollten den Schuman-Plan für die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien nutzen, und fragt sich daher: „Werden wir gleichberechtigte Partner oder Untergebene sein?“ Seitdem beherrscht dieses Thema die Stellungnahmen in der französischen Presse, vor allem seit sich Schwierigkeiten infolge der Verhärtung der deutschen Haltung in Bezug auf die Dekartellisierung ergeben haben. So meinte die gaullistische Zeitung *L'Aurore* am 29. Dezember, dass das Ausbleiben eines Abkommens bedauerlich wäre.

Wenn sich der Völkerbund auf einen Schuman-Plan hätte stützen können, so die Zeitung, wären Katastrophen möglicherweise zu verhindern gewesen.

In ähnlichem Sinne äußerte sich das *Journal des Finances* am 29. Dezember. Der Kohle- und Stahlpool könne zu einer harmonischen Entwicklung beitragen, was jetzt, nach Korea und seinen Folgen, notwendig sei. Eine zentrale Gruppierung, wie diese in dem Schuman-Plan vorgesehen sei, könne Europas Einfluss nur vergrößern. Ungeachtet der wiederholt angemeldeten Bedenken seitens der französischen Stahlindustrie sei die Verwirklichung des Plans wünschenswert, vor allem im Hinblick auf die internationale Entwicklung.

Dahingegen veröffentlichte die Wirtschaftszeitung *L'Information* am 13. Januar den anonymen Brief „eines bekannten Industriellen“, der sich gegen den Plan aussprach, weil diesem technokratische Tendenzen anhafteten.

*L'Aube*, das Parteiorgan der MRP, beharrt jedoch auf seiner optimistischen Einschätzung, auch hinsichtlich der Möglichkeit, eine Übereinstimmung über die Artikel 60 und 61 (Dekartellisierung) zu erzielen. Zu dieser Frage meinte der Abgeordnete Joseph Denais, Mitglied des Finanzausschusses der Nationalversammlung, am 17. Januar 1951 in der Zeitung *L'Information*, dass die Deutschen alles versucht und alle Widersprüche ausgenutzt hätten, um Zugeständnisse bei der Dekartellisierung zu erwirken.

Georges Villiers, Vorsitzender des französischen Arbeitgeberverbands CNPF, verkündete noch im Januar, dass er der Initiative Schumans zwar nach wie vor positiv gegenüberstehe, angesichts der heiklen Probleme, die die praktische Umsetzung mit sich bringe, jedoch skeptisch sei.

Drei Artikel, die diesen Monat in der linken Zeitung *Combat* erschienen sind, kommen zu der Schlussfolgerung, dass der Schuman-Plan wegen der geplanten Wiederbewaffnung Deutschlands seine politische Rechtfertigung verloren habe und in den Hintergrund gerückt sei. Deutschland könne somit wie nach dem Ersten Weltkrieg sein eigenes Spiel spielen und die Initiative ergreifen.

Es sei somit verständlich, so *Combat*, dass Frankreich vielleicht nicht mehr so sehr an einer schnellen Einigung interessiert sei. Dies impliziert, dass Frankreich seine Hoffnung auf eine führende Rolle in Europa erneut verloren hat.

Pessimistisch äußerte sich auch Maurice Delarue am 27. Januar in *France-Soir*. Unter dem Titel „Schuman-Plan liegt seit zwei Monaten auf Eis“ schrieb dieser, dass der Erfolg der Besprechungen nunmehr von Deutschlands Antwort auf die Vorschläge zur Dezentralisierung der deutschen Schwerindustrie abhängen; der Krieg in Korea und die Wiederbewaffnung bestärkten die deutschen Unternehmensverbände in ihrem Widerstand gegen die Organisation des europäischen Marktes.

Abschließend zitieren wir den jüngsten Artikel zum Schuman-Plan, erschienen am 28. Januar in *Le Monde* und verfasst von René Dabernat, der erklärte, dass die Hohe Behörde zunehmend politische Züge annehme, obwohl sie anfangs doch als 'dritte Macht' gedacht gewesen sei. Letztendlich werde der Plan, der von den USA demnächst möglicherweise auch finanziell unterstützt wird, auf die Integration Deutschlands in das atlantische Lager hinauslaufen. Dies sei, vor allem wegen einer möglicherweise bevorstehenden Viermächtekonferenz, eine bedeutende Entwicklung. Ohne die Unterstützung Amerikas hätte Frankreich die Schlacht um die Ruhr verloren.